

Antrag 83/II/2024**KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Erledigt bei Annahme 86/II/2024 (Konsens)****Abschiebungen und Menschenrechte: Kein Kompromiss nach unten!**

1 dass bei der Abschiebung von Asylbewerbern, die schwe-
2 re Straftaten begangen haben, das Grundprinzip, das ei-
3 ne Demokratie auszeichnet, nämlich die unbedingte Ach-
4 tung der Menschenrechte, stets zu berücksichtigen ist.
5 Die notwendige und gerechte Bestrafung von Straftätern
6 muss in Deutschland vollzogen und die Strafe verbüßt
7 werden. Die SPD lehnt die Einrichtung von sog. „Return
8 Hubs“ in Drittstaaten ab.

9
10 Die SPD, insbesondere die sozialdemokratischen Bundes-
11 tagsabgeordneten aus Berlin, setzen sich dafür ein, Ab-
12 schiebungen in unsichere Länder wie Afghanistan und
13 Syrien abzulehnen, weil dort weder ein faires Verfahren
14 noch der Schutz grundlegender Menschenrechte der Ge-
15 fangenen gewährleistet ist.

16

17 Begründung

18 Die Reaktion der deutschen Politiker und mancher Mit-
19 glieder unserer Partei auf die schweren und traurigen Er-
20 eignisse in Solingen ist gefährlich. Auf der einen Seite gibt
21 es eine unüberlegte Reaktion, die sich die Rhetorik der
22 konservativen und radikalen Rechten zu eigen macht, mit
23 der dramatischen Folge, dass die Stimmung aufgeheizt
24 und eine ganze Kategorie von Menschen, nämlich Asylbe-
25 werber und Ausländer im Allgemeinen, stigmatisiert wird.
26 Eine Demokratie hat die moralische Pflicht, politische Ent-
27 scheidungen zu treffen, die immer maßvoll sind und mit
28 der Geschichte übereinstimmen. Diejenigen, die Verbre-
29 chen begehen, ob sie nun Ausländer sind oder nicht, müs-
30 sen vor Gericht gestellt und, falls sie für schuldig befunden
31 werden, bestraft werden. Gefangene sind Menschen
32 und müssen als solche, auch wenn sie sich schwerer Ver-
33 brechen schuldig gemacht haben, mit Respekt behandelt
34 werden. Asylbewerber aus Ländern wie Afghanistan soll-
35 ten nicht abgeschoben werden, das wäre so, als ob wir un-
36 sere Hände in Unschuld waschen würden, wenn es um das
37 Schicksal eines Menschen geht, der in Gefängnissen lan-
38 det, in denen Folter erlaubt ist und die Todesstrafe droht.
39 Als SPD können wir nicht zulassen, dass die Menschen-
40 rechte ignoriert werden.